

AI

11. Wahlperiode

16.01.1991
the-ro

**Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie**

Protokoll

5. Sitzung (nicht öffentlich)

16. Januar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

9.00 Uhr bis 11.20 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dr. Schwericke (CDU)

Stenograph: Theberath

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Nordrhein-Westfalen für das
Haushaltsjahr 1991**

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie

Vorlagen 11/190, 11/250 und 11/252

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

Seite

**Einführung durch den Minister für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie und
Beratung des Personaletats**

Der Einführung durch den Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie schließt sich eine allgemeine Aussprache an.

Der Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie berät darüber hinaus den Personaletat des Einzelplans 08. Der Ausschuß kommt überein, daß eventuelle Änderungsanträge noch in der abschließenden Sitzung des Ausschusses zum Einzelplan 08 eingebracht werden können.

**2 Neuabgrenzung der Fördergebiete in der Gemeinschaftsaufgabe
"Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur"**

Vorlage 11/240

Der Ausschuß diskutiert über den Stand der Neuabgrenzung der Fördergebiete und unterstützt den Minister in seinem Bemühen, im Sinne des Landes zu verhandeln.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

Seite

- 3 Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Annahme eines spezifischen Programms für Forschung und technologische Entwicklung auf dem Gebiet der kontrollierten Kernfusion (1991-1994)**

Vorschlag für eine Entscheidung des Rates zur Billigung der Änderung der Satzung des Gemeinsamen Unternehmens Joint European Torus (JET)

Bundesratsdrucksache 734/90

und

- 4 Grünbuch der Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Entwicklung der europäischen Normung: Maßnahmen für eine schnellere technologische Integration in Europa**

Bundesratsdrucksache 766/90

Nach kurzer Aussprache kommt der Ausschuß überein, sich zunächst im Kreise der Fraktionssprecher über das Verfahren der Behandlung solcher Bundesratsdrucksachen zu verständigen.

Nächste Sitzung: 30. Januar 1991

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

4

Aus der Diskussion

Zu 1: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Einert verweist einleitend auf die den Ausschußmitgliedern in den letzten Wochen zugeleiteten detaillierten Informationen einschließlich der schriftlichen Einführung in den Haushalt, so daß er sich, da nach dem üblichen Verfahren ohnehin zunächst eine Generalausprache stattfindet, heute auf einige grundsätzliche Bemerkungen konzentrieren wolle. Er führt dazu im wesentlichen aus:

Die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren ist außerordentlich positiv. Wir haben seit Ende 1983 in Nordrhein-Westfalen landesweit ein Plus von etwa 515 000 Arbeitsplätzen. Auch im Ruhrgebiet konnten die montanbedingten Arbeitsplatzverluste seit Ende 1983 wieder ausgeglichen werden; auch dort haben wir heute rund 30 000 Arbeitsplätze mehr als Ende 1983.

Die Gesamtdaten über die wirtschaftliche Entwicklung sind nach wie vor außerordentlich dynamisch: Die Auftragseingänge, die Produktion, der Export weisen nach wie vor eine hohe Dynamik auf. Die Investitionsentwicklung wird in einem hohen Maße vom Maschinenbau in Nordrhein-Westfalen getragen.

Nach diesem telegrammstilartigen Einstieg möchte ich nicht verhehlen, daß wir uns natürlich nicht bequem zurücklehnen können. Das Verfallen in eine allgemeine Euphorie wäre nach meiner Einschätzung der vorliegenden Daten genauso unberechtigt wie das Einmünden in einen allgemeinen Pessimismus. Wir haben zur Zeit - nicht nur wegen der Golfkrise, sondern auch aufgrund des Datenkranzes der weltwirtschaftlichen Entwicklung - eine ausgesprochen labile Ausgangssituation für das vor uns liegende Jahr und auch für die Entwicklung des nächsten Jahres.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

Ich sage Ihnen nur einige Stichworte: Was sich im Bereich des Stahls, bereits heute ablesbar, vollzieht, ist ein Zeichen. Wir wissen, daß wir wegen verschiedener Faktoren erhebliche Probleme im Bereich der Kohle haben werden. Wir wissen, daß wir zur Zeit zwar keinen Rückgang, aber zumindest eine gewisse Stagnation auch bei der Chemie haben. Und auch andere Bereiche, wie etwa der High-Tech-Bereich - ich nenne Philips oder Siemens auch für Standorte in Nordrhein-Westfalen, ob Gladbeck, Siegen, Aachen oder wo auch immer - zeigen, daß wir eine durchaus sehr labile wirtschaftliche Entwicklung haben. Wir dürfen dabei auch den Bankenbereich nicht übersehen, was die Entwicklung der Bankengewinne angeht - mit verschiedenem Ursachenhintergrund. Der Baubereich ist mit erheblichen Problemen belastet, die sich bereits in zurückgehenden Auftragszahlen im industriellen Vorprozeß des Baubereiches, etwa bei Betonfertigwaren, vollziehen.

Wir haben also alle Ursache, sehr sorgfältig die weitere Entwicklung im Blick zu behalten. Ich will auch keine große Ursachenforschung betreiben, sondern wiederum nur einige Stichworte nennen. - Eines der hohen Gefährdungspotentiale für die ja nach wie vor außerordentlich exportabhängige Wirtschaft nicht nur der Bundesrepublik, sondern auch Nordrhein-Westfalens ist die Entwicklung im früheren sogenannten Ostblock. Nicht nur der totale Zusammenbruch jedes geordneten Entscheidungsgefüges, sondern auch die absolut desolate finanzielle und auch devisenmäßige Basis der gesamten Ostblockstaaten führt dazu, daß sich auch dort Geschäftsbeziehungen dramatisch zurückentwickeln und die hohen Risiken von Unternehmen in dem Teilbereich kaum noch eingegangen werden können.

Wir wissen, daß auch aufgrund der Ölpreisentwicklung, sogar unabhängig von der Entwicklung am Golf, die Entwicklungsländer in eine zunehmende finanzielle Bredouille geraten und damit als Abnehmerländer auch von Produkten aus Nordrhein-Westfalen in wesentlichem Umfang weniger als je zuvor zur Verfügung stehen. Wir wissen um die schwierige Entwicklung auch der Situation in Amerika, bis hin zur Dollarentwicklung und der Zinsentwicklung auf der anderen Seite. Das Ganze ist überlagert von der Entwicklung am Golf. Egal, wie es dort ausgehen wird - hoffentlich friedlich mit einem Kompromiß -, aber es wird doch für die wirtschaftliche Entwicklung weltweit Konsequenzen in bezug auf den Ölpreis, in bezug auf die Versorgungsentwicklung bis hin zur Energiepolitik haben. - Das alles um-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

schreibe ich mit einer "außerordentlich labilen Situation" am Jahresbeginn 1991.

Unter dem Strich: Zumindest große Teile der Wirtschaft - vielleicht sogar die gesamte Wirtschaft - richten sich auf eine Schlechtwetterzone ein. Sie konsolidieren nach innen, sie halten sich zum Teil auch schon mit Investitionen zurück. Ihre Nachfrage nach Arbeitskräften ist nicht nur durch den Mangel an Arbeitskräften gekennzeichnet, sondern durch eine gewisse Einstellung in Richtung auf eine Stagnation, was die zukünftige Entwicklung angeht. - Ich verstehe das alles als kurz skizzierten ökonomischen Hintergrund für die Haushaltsentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Wir sind uns darüber im klaren, daß in einem Gesamtgefüge der Bundesrepublik (alt und neu) und auch im Rahmen der europäischen Wirtschaftsentwicklung ein Landeshaushalt kaum volkswirtschaftliche Belastungen ausgleichen kann, die sich etwa aus 1 % Zinsveränderung oder aus 10 % Währungsrelationsveränderung oder aus einem 10%igen Anstieg des Ölpreises ergeben würden. Aber wir müssen uns wohl in verschiedenen Bereichen darauf einstellen, mit solchen sehr labilen Situationen auch reagierend fertig zu werden.

Letzte Bemerkung in dem Zusammenhang! Auch das will ich nicht bewerten. Ich habe meine persönliche Meinung dazu; aber ich sage das hier auch nur reflektierend: Die zum Teil noch diffusen Bonner Entscheidungen hinsichtlich Finanzwirtschaft und Haushalt tragen nicht dazu bei, daß wir uns alle schon auf gefestigtem Boden von eigenen Entscheidungen bewegen könnten.

Ich nenne nur, was man im Augenblick in Kommentaren und Veröffentlichungen aus der Bonner Szene hört. Was passiert unter Umständen noch in diesem Jahr mit dem Strukturhilfegesetz? Das wissen wir alle noch nicht. Haben die Auguren recht, die sagen: "Die Bonner Entscheidungen sollen unter Umständen davon ausgehen, bereits in diesem Jahr die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung so umzusteuern, daß die alten Bundesländer in der Tendenz auf Null zurückgefahren werden"?

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

Was passiert mit der Ausprägung der Ankündigung über eine CO₂-Abgabe? Das ist für die Energiepolitik des Landes Nordrhein-Westfalen mit entscheidenden Konsequenzen verbunden.

Was wird - wenn wir einmal über den Tellerrand eines Jahres hinaussehen - mit der Ankündigung, die noch nicht ausformuliert ist, unter Umständen nicht nur in der Ex-DDR die Vermögensteuer gar nicht einzuführen, sondern sie sogar ab 1992/93 bei uns abzuschaffen? Das hätte die Konsequenz eines Einnahmeverlustes für den Landeshaushalt von 1,7 Milliarden DM pro Jahr.

Was geschieht mit der Ankündigung, in der Ex-DDR die Gewerkekapitalsteuer nicht nur nicht einzuführen, sondern zum gleichen Zeitpunkt hier abzuschaffen? Das wäre mit der Konsequenz eines Einnahmeverlustes von 1,3 Milliarden DM für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen verbunden.

Das alles wissen wir nicht. Träfe das zu, was ich hier jetzt nur in Stichworten genannt habe, dann - das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit - ist der gesamte Haushaltsentwurf Makulatur! Deswegen müssen wir abwarten, welche Entscheidungen fallen. Das ist ein Datenkranz, den wir selber so gut wie gar nicht beeinflussen können. Aber es hat Konsequenzen, wenn sich in der Größenordnung von mehreren Milliarden DM Einnahme- und Ausgabeerwartungen verändern. Das muß ich Ihnen meines Erachtens pflichtgemäß beim Einstieg in eine Grundsatzdebatte zum Haushalt zunächst einmal sagen.

Jetzt aber zurück zu dem Entwurf, von dem wir ja zunächst ausgehen müssen!

Erstens. Der Wirtschaftshaushalt trägt den erklärten Zielen der Landesregierung Rechnung. Zusammengefaßt sind dies

- die Fortsetzung der ökonomischen und ökologischen Erneuerung des Landes Nordrhein-Westfalen,

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

- der Ausbau des attraktiven Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen,
- die Sicherung einer wettbewerbsfähigen, leistungsfähigen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen und
- die Fortsetzung einer regionalisierten Strukturpolitik unter Einbeziehung der Verantwortlichen in den Regionen des Landes.

Zweitens. Der von der Landesregierung für 1991 vorgelegte Entwurf des Wirtschaftshaushalts hält deshalb an den bewährten Instrumenten der Politik, auch der Programme und der Förderpolitik, sei es im Bereich der Wirtschaftsförderung oder der Technologieförderung, fest. Die Programme sind nach dem, was wir unter dem Gesichtspunkt von Kontinuität begonnen haben, bedarfsgerecht mit Ausgabemitteln ausgestattet. Ich verhehle nicht, daß die Wunschvorstellungen größer waren; das ist aber immer und überall so.

Deshalb gibt es auch im Rahmen der allgemeinen und übergreifenden politischen Zielsetzungen Vorgaben, die zu haushaltsmäßigen Akzentverschiebungen innerhalb der Programmbereiche führen. Das kann im Einzelfall zu Reduzierungen, zu einer Fortschreibung oder zur Verstärkung von Ausgabeansätzen führen.

Außerdem sind zur Durchführung erklärter Aufgabenziele der Landesregierung auch einige neue Haushaltspositionen eingerichtet worden. Dazu gehört zum Beispiel die Veranschlagung von Haushaltsmitteln für das neue Gemeinschaftsprogramm mit der EG zur wirtschaftlichen Umstellung von Kohlerevieren (Rechar) einschließlich der komplementären Landesmittel oder zur Durchführung der im Jahre 1990 begonnenen Förderprojekte in den neuen Bundesländern und auch eine verstärkte berufliche Frauenförderung, um nur drei Stichworte zu nennen.

Drittens. Der Haushaltsentwurf 1991 für den Einzelplan 08 schließt mit einem Ausgabevolumen von 3,495 Milliarden DM ab. Das Ausgabevolumen des Einzelplans 08 steigt damit im Jahre 1991 gegenüber 1990 im Saldo um rund 216 Millionen DM; das ist eine Steigerungsrate um 6,6 %. Die Steige-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

rung liegt damit also um 0,3 Prozentpunkte unterhalb der Steigerungsrate des gesamten Landeshaushalts mit 6,9 %.

Dennoch ist die Steigerung der Ausgaben im Einzelplan 08 beträchtlich; sie ist aber sachlich notwendig. Ich will das an einigen Beispielen verdeutlichen.

Allein der Mehrbedarf im Kapitel 08 030 - Förderung der Wirtschaft - steigt per Saldo um rund 260 Millionen DM. Der wesentliche Anteil dieser Steigerung liegt in den Gemeinschaftsprogrammen EG/Land Nordrhein-Westfalen zur Förderung des Strukturwandels und der wegen des Wegfalls der Investitionszulage erfolgten Aufstockung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur".

Als Beispiele für den Mehrbedarf will ich erwähnen:

- die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsstruktur, und zwar Bundes- und Landesanteil, Steigerung um 75,4 Millionen DM;
- das Programm RESIDER, also Umwandlung der alten Stahlregionen, EG- und Landesanteil gemeinsam plus 41,6 Millionen DM,
- das Ziel-2-Programm, also alte Industrieregionen auf EG-Ebene, EG und Landesanteil gemeinsam plus 110 Millionen DM;
- Rechar, also Umwandlung alter Kohleregionen, EG und Landesanteil gemeinsam plus 55 Millionen DM.

Diese Beispiele zeigen, daß sich allein bei den EG/Land-Nordrhein-Westfalen-Programmen für 1991 ein Mehrbedarf von 206,6 Millionen DM ergibt. Dieser Mehrbedarf ist auch unabweisbar, weil das Land die entsprechenden Komplementärmittel zu den mit dem Bund und der EG verabredeten Programmen bereitstellen muß; denn sonst würde das alles ja nicht funktionieren.

Auch in Kapitel 08 040 - Technologieprogramm Nordrhein-Westfalen - ergibt sich in 1991 ein Ausgabenmehrbedarf in Höhe von 39,6 Millionen

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

DM. Dieser Mehrbedarf ergibt sich im wesentlichen beim Technologieprogramm Wirtschaft mit 12,5 Millionen DM und dem Technologieprogramm Zukunftstechnologien mit 23 Millionen DM. Ich füge hinzu: Mit dieser Steigerung ist allerdings keine wesentliche Ausweitung des Bewilligungsrahmens verbunden; bei diesen Programmen muß aufgrund von Verpflichtungen aus Bewilligungen in Vorjahren entsprechende haushaltmäßige Vorsorge getroffen werden.

Auch beim Kapitel 08 050 - Förderung des Bergbaus und der Energiewirtschaft - ergibt sich per Saldo im Rahmen der erforderlichen Drittelbeteiligung des Landes eine Ausgabensteigerung um 63,5 Millionen DM. Die Förderung des Bergbaus und der Energiewirtschaft beträgt im Jahre 1991 insgesamt 1,392 Milliarden DM. Das sind rund 40 % der Gesamtausgaben des Wirtschaftshaushalts. Ich erwähne das, damit noch einmal die enorme haushaltmäßige Belastung durch die Kohlehilfen bewußt wird, aber auch um aufzuzeigen, daß für die Kohlehilfen weitaus mehr Haushaltsmittel bereitgestellt werden als im Rahmen der übrigen Wirtschaftsförderung.

Viertens. Diesen unabweisbaren Ausgabensteigerungen stehen aber auch Minderausgaben gegenüber, so zum Beispiel beim Zukunftsprogramm Montanregionen minus 98,7 Millionen DM oder beim Gemeinschaftsaufgabenprogramm für die Montanindustrieregionen minus 45 Millionen DM. Das für diese Programme festliegende Fördervolumen ist inzwischen "verbewilligt", so daß die in 1991 veranschlagten Mittel lediglich der Ausfinanzierung dieser Programme dienen. Das waren ja Programme, die einen zeitlich fixierten Rahmen hatten.

Fünftens. Diese kurzgefaßten Erläuterungen machen einerseits den zwingend notwendigen Ausgabenbedarf im Einzelplan 08 deutlich. Sie machen aber auch deutlich, daß die Landesregierung trotz größter haushaltmäßiger Belastungen in anderen Bereichen ihre Anstrengungen zum Ausbau einer attraktiven Wirtschaftsstruktur des Landes nachhaltig fortsetzt.

Andererseits muß man sehen, daß der hohe Mitteleinsatz insbesondere in zeitlich befristeten Sonderprogrammen erfolgt, für die das jeweilige Programmvolumen verbindlich festliegt und die mittelfristig auslaufen. Das gilt neben dem Zukunftsprogramm Montanregionen insbesondere für die Ge-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

meinschaftsaufgaben-Programme "Montanindustrieregionen", "Montanregionen" und "Aachen/Jülich". Zum letzteren sei nur in Klammern bemerkt, daß wir ja in der Diskussion und, wenn Sie so wollen, im Streit mit allen anderen entweder um eine Fortsetzung und Ergänzung dieses Programms oder um Hereinnahme von Teilen des alten Aachen/Jülich-Gebietes plus des Kreises Heinsberg in die Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsförderung" sind. Das wird außerordentlich schwierig sein. Ich wollte das nur in diesem Zusammenhang anmerken. Das gilt auch für die EG-Programme RESIDER, Ziel 2 und Rechar. Es ist bislang beim Bund und auch bei der EG keine Bereitschaft zu erkennen, die auslaufenden Sonderprogramme zu verlängern oder aufzustocken.

Wir werden uns also in den kommenden Jahren auch hier im Wirtschaftsausschuß rechtzeitig gemeinsam Gedanken darüber zu machen haben, wie wir für die Zukunft sowohl das Instrumentarium als auch die erforderliche Mittelbereitstellung für eine erfolgreiche Strukturpolitik in unserem Lande sichern.

Was den Personalhaushalt angeht, der ja häufig im Mittelpunkt von Diskussionen steht, so möchte ich abschließend zur Kenntnis geben, daß für das Jahr 1991 im Ministerium keine zusätzliche Stelle vorgesehen ist. Lediglich bei der Bergverwaltung sind zwei Stellen des höheren und sechs Stellen des gehobenen Dienstes, und zwar ausschließlich für umweltrelevante Aufgabebereiche, vorgesehen. - So weit zur Einführung! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Der **Vorsitzende** bezieht sich auf Presseberichte, wonach die Vermögensteuer und die Gewerbekapitalsteuer zum 1. Januar 1993 abgeschafft, gleichzeitig aber durch eine Veränderung der Abschreibungsmöglichkeiten dem Haushalt wieder entsprechende Mittel zugeführt werden sollten, die allerdings dem Bundes- und nicht dem Landeshaushalt zugute kämen. Darüber werde es sicherlich noch Diskussionen zwischen Bund und Land geben.

Der **Minister** bestätigt dies und macht deutlich, daß der Streit zwischen Bund und Ländern im Finanzplanungsrat auch davon ausgehe, wo zu wessen Gunsten Refi-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

finanzierungsmöglichkeiten geschaffen würden. Der Bundesfinanzminister habe Modellvorstellungen entwickelt, die im wesentlichen Einnahmeverkürzungen bei den Ländern und den Kommunen vorsähen. Er habe global für die öffentlichen Haushalte eine Refinanzierung von 40 Milliarden DM genannt, die Zahlen aber belegten eindeutig, daß die 40 Milliarden DM ausschließlich Einnahmeverbesserungen beim Bund bedeuteten.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.) sieht in den Ausführungen des Ministers insofern eine neue Position, als er dargelegt habe, daß der Haushalt Makulatur sei, wenn sich aufgrund von Bonner Beschlüssen die Einnahmen des Landes verändern sollten.

In der Vergangenheit sei bei Zuwächsen auf der Einnahmenseite der Haushalt ganz normal gefahren worden; man habe lediglich die Kreditaufnahme reduzieren können. Den heutigen Worten des Ministers entnehme er, daß er im umgekehrten Fall, also bei einem Rückgang der Einnahmen, nicht auf den Kreditmarkt ausweichen werde, sondern offenbar ernsthaft überlege, dann einen neuen Haushalt einzubringen. Er fragt, welche Haushaltspositionen in einem solchen Fall nach den Vorstellungen des Ministeriums gekürzt werden sollten.

Den Ausführungen des Wirtschaftsministers in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 5. September 1990 wie auch der Regierungserklärung habe man entnehmen können, daß eine interministerielle Arbeitsgruppe "Programmwirksamkeit" eingerichtet werden solle. Ein derartiges Vorhaben sei seiner Meinung nach nur dann sinnvoll, wenn man gewisse Zweifel an der Effizienz der Förderprogramme hege.

Er bitte daher um Auskunft, wie der Wirtschaftsminister die Einsetzung dieser Arbeitsgruppe einschätze, wie sie von seiten des Wirtschaftsministeriums begleitet werde, wann sie Ergebnisse vorlegen werde und ob solche Ergebnisse noch Auswirkungen auf den vorliegenden Haushaltsplanentwurf haben könnten.

Als eines der wichtigen Zielfelder der Mittelstandspolitik führe der Minister in seinem schriftlichen Einführungsbericht - Vorlage 11/250 Seite 15 - "die Reduzierung des Leistungsgefälles innerhalb der mittelständischen Wirtschaft" an.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

Es stelle sich die Frage, warum das Leistungsgefälle in der mittelständischen Wirtschaft besonders herausgestellt werde. Die F.D.P. halte es für mindestens genauso interessant, das Verhältnis der Wirtschaftspolitik des Landes zur Großindustrie zu überprüfen. Denn ganz wesentliche Wirtschaftsförderungsprogramme sowohl auf EG- als auch auf Bundes- und Landesebene seien nicht auf kleine und mittlere Betriebe eingeengt, sondern für alle Betriebsgrößen offen. Er möchte wissen, ob sich aus dieser Aussage des Ministers ablesen lasse, daß ein Großteil der gesamten Fördermittel in kleine und mittlere Betriebe geleitet werden solle.

Die Neuabgrenzung der Fördergebiete, die auch Auswirkungen auf den Haushalt haben werde, klammere er zunächst aus, weil dafür ein eigener Tagesordnungspunkt vorgesehen sei.

Der Minister habe erwähnt, daß sich die Förderprogramme insofern auf die Folgejahre auswirkten, als Projekte über mehrere Jahre finanziert und dementsprechend die künftigen Haushalte durch Verpflichtungsermächtigungen belastet würden. In Zeiten eines wirtschaftlichen Booms, wie wir ihn jetzt erlebten, wäre es nach seiner Einschätzung sinnvoll, die damit verbundene Einnahmensteigerung dazu zu nutzen, möglichst geringe Verpflichtungsermächtigungen einzugehen, damit in wirtschaftlich schlechteren Zeiten ein höheres Volumen zur Verfügung stehe. - Er fragt, ob der Minister diesem Denkansatz folge oder ihm widerspreche.

Abgeordneter Meyer (Hamm) (CDU) bedauert die bisher fehlende und erst heute vom Minister ein wenig nachgeholte Einordnung des Haushalts in die Gesamtlage, wenn man an Stichworte wie etwa Einigungsprozeß, Entwicklung im Osten, EG-Binnenmarkt denke.

Auch Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung suche man in dem schriftlichen Einführungsbericht vergeblich. Immerhin habe man im letzten Jahr die wohl positivste Wirtschaftsentwicklung seit langer Zeit feststellen können. Das Statistische Bundesamt habe eine Zunahme des Bruttosozialprodukts um 4,6 % und einen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um 775 000 bekanntgegeben. Trotz dieser enormen Zugänge an Erwerbspersonen habe auch in Nordrhein-Westfalen die Arbeitslosigkeit abgenommen. Er fragt, ob Nordrhein-Westfalen nur "mitgerissen" worden sei oder ob es auch selbst zu dieser Entwicklung beigetragen habe.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

Wie wichtig die Steuerreform gewesen sei, zeige sich auch daran, daß der private Verbrauch im letzten Jahr mit 4,4 % Zuwachs - Vorjahr: 1,7 % - wieder zu einer wesentlichen Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung geworden sei, weil eben die verfügbaren Einkommen wesentlich zugenommen hätten. Es sei an der Zeit, dies positiv zu würdigen.

Von den inzwischen 160 Milliarden DM Außenbeitrag - in den bis jetzt auch noch die neuen Bundesländer eingerechnet würden - stammten immerhin 50 Milliarden DM aus dem innerdeutschen Handel. Insofern müsse man endlich erkennen, daß auch Nordrhein-Westfalen von der Einheit enorm profitiert habe, daß damit sehr positive Effekte für die Wirtschaft und damit auch für das Steueraufkommen verbunden seien.

Vor diesem Hintergrund halte er das Jammern der alten Bundesländer über Leistungen für die neuen Bundesländer für peinlich und schlimm. Die immer wieder und insbesondere von der SPD zu hörenden Solidaritätserklärungen stünden in krassem Widerspruch zu der tatsächlich geübten Solidarität.

Wenn man den heutigen Vortrag des Ministers mit seinem schriftlichen Einführungsbericht vergleiche, in dem - ohne dies mit einer einzigen Zahl zu belegen - die Rede davon sei, daß sich die Wirtschaft in NRW in "Höchstform" befinde und daß "NRW den Aufschwung aus eigener Kraft geschafft" habe, dann sei dies an Peinlichkeit und Selbstüberschätzung kaum zu überbieten. Er habe noch nicht den Grund dafür herausfinden können, warum der Minister heute eine gänzlich andere Einschätzung vorgetragen habe.

Nach derzeitigem Informationsstand seien die Zahlen in der Bundesrepublik gut bis sehr gut, wobei die Zahlen in Nordrhein-Westfalen etwas hinter denen der anderen Bundesländer zurückblieben. Ohne die Situation überdramatisieren zu wollen, bleibe aber doch die Befürchtung, daß die Strukturschwächen des Landes wohl doch noch nicht überwunden seien und daß bei nachlassender Konjunktur die Problembereiche Kohle und Stahl wieder stärker hervorträten.

Zum Haushalt sei festzustellen, daß kaum noch genügend Mittel vorhanden seien, um die in der Vergangenheit unter erheblichem "Medienrummel" eingeführten Programme überhaupt noch zu finanzieren. Sonderprogramme liefen aus, und eine Strategie sei nicht erkennbar; man könne nicht sehen, wie das Land bei der Um-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

strukturierung auf neue Technologien und insbesondere auch in der Mittelstands- und der Handwerksförderung fortfahren wolle.

Aufgrund von Erklärungen und neueren Anträgen der SPD-Fraktion verdichte sich der Eindruck, daß die Förderpolitik sehr stark regional - nämlich auf nur noch zwei Regionen - und sektoral ausschließlich auf die Kohleförderung eingeschränkt werden solle.

Von den im Einzelplan 08 veranschlagten Ausgaben in Höhe von rund 3,5 Milliarden DM würden etwa 600 Millionen DM im Zusammenhang mit EG und Bund verausgabt, und 1,4 Milliarden DM seien direkt für die Kohleförderung vorgesehen, so daß 1,5 Milliarden DM übrigblieben. Wenn man dann noch berücksichtige, über wie viele Mittel bereits im Wege von Verpflichtungsermächtigungen verfügt sei, dann sei der Spielraum für dieses Haushaltsjahr nicht sehr groß.

Hinzu komme, daß ein Großteil der Programme bereits im Jahre 1991, spätestens aber 1993 ausliefen und daß die neueren Informationen von seiten des Bundes nicht allzu hoffnungsfroh stimmen könnten.

Bis zur nächsten Ausschußsitzung bitte er um Mitteilung der Ist-Ausgaben per 31.12.1990 sowie der Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen für 1991 folgende, damit man sich einen Überblick darüber verschaffen könne, wieviel Mittel für 1991 effektiv zur Verfügung stünden.

Die im Haushalt 1991 fehlende Perspektive verbinde sich mit der großen Sorge, daß sich auch in anderen Bereichen, die mit Wirtschaft unmittelbar zusammenhängen und für Nordrhein-Westfalen von existentieller Bedeutung seien, nämlich auf dem Gebiet des Verkehrs und der Entsorgung, offensichtlich überhaupt nichts bewege. Dem Haushalt 1991 seien nach Auffassung seiner Fraktion jedenfalls positive Anstöße leider nicht zu entnehmen.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE), der das gänzliche Fehlen ökologischer Akzente beklagt, fragt nach dem Verhältnis der "frischen Mittel" zu den durch Verpflichtungsermächtigungen gebundenen Mitteln bei der Regional- und der Strukturförderung sowie nach dem Verhältnis der reinen Landesmittel zu den insgesamt zur Verfügung stehenden Mitteln.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

Im Gegensatz zum Fraktionsvorsitzenden der SPD, der aus der Golfkrise das Resümee gezogen habe, daß mehr Kohle eingesetzt werden müsse, würde er die Konsequenz daraus ziehen, daß ernsthafte Anstrengungen in Richtung auf Energieeinsparung unternommen werden müßten. Er gibt zu bedenken, ob es die Regierung mit Blick auf die Golfkrise nicht für erforderlich halte, den Haushalt mit dem Ziel stärkerer Energieeinsparung zu überarbeiten.

Gemessen an dem Vorhaben der Landesregierung, alle Gemeinden des Landes mit Verbraucherberatungsstellen auszustatten, nähmen sich die bisher 48 Beratungsstellen noch recht bescheiden aus. Er fragt nach Möglichkeiten, die Anstrengungen in dieser Richtung zu verstärken.

Er bittet ferner um Auskunft, ob es möglich sei, die Kosten für die Überwachung und die Sicherheitsüberprüfung kerntechnischer Anlagen, die sich im Haushalt mit 6 bis 7 Millionen DM niederschlugen, in höherem Maße auf die dafür eigentlich zuständigen Betreiber dieser Anlagen zu übertragen.

Ausweislich des Erläuterungsbandes zu den Stellenplanentwürfen - Vorlage 11/252 - werde ein großer Teil des in Nordrhein-Westfalen anfallenden Industrie- und Hausmülls in Anlagen entsorgt, die unter Bergaufsicht stünden. Er fragt, inwieweit die bei Kapitel 08 110 - Nachgeordnete Bergverwaltung - vorgesehenen acht neuen Planstellen mit der Entsorgung in unter Bergaufsicht stehenden Anlagen in Verbindung stünden.

Wie zuvor schon Abgeordneter Meyer (CDU) gibt auch Abgeordneter Skorzak (CDU) seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß der optimistisch gehaltene schriftliche Einführungsbericht in auffälligen Gegensatz zu dem heutigen mündlichen Bericht des Ministers stehe, der, wenn er öffentlich gehalten worden wäre, negative Wirkungen hätte auslösen können.

Dabei seien gerade in den letzten Wochen positive Daten bekanntgeworden: Das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr sei mit nahezu 5 % das höchste seit den 50er Jahren; ähnliche Zuwachsraten würden für 1991 geschätzt. Außerdem werde ein erheblicher Schub aus der deutschen Einigung und dem EG-Binnenmarkt erwartet.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

Wirtschaftsminister Einert bestätigt, daß in der Regierungserklärung die interministerielle Arbeitsgruppe "Programmwirksamkeit" angekündigt worden sei, deren Arbeit sich allerdings nicht nur auf den Bereich des Wirtschaftsministers beschränke, sondern sich auf die in allen Bereichen aufgelegten Programme erstrecke. Nach seiner Einschätzung werde etwa zu Ostern ein belastbares Ergebnis dieser Arbeitsgruppe vorliegen, so daß es, wenn der bisher verabredete Fahrplan für die Haushaltsberatungen eingehalten werde, auf den Haushalt 1991 keinen Einfluß mehr haben könne.

Dies aber sei auch nicht der entscheidende Punkt; wichtiger sei - und das sei auch der Ausgangspunkt für die diesbezügliche Passage in der Regierungserklärung -, daß man von Zeit zu Zeit einmal selbstkritisch überprüfen müsse, ob alle Programme in der bisherigen Form weiterlaufen müßten, ob sie nicht angepaßt, verändert, vielleicht sogar gestrichen werden müßten. Man könne nicht ständig das additive Verfahren durchhalten, daß alles einmal Begonnene sakrosankt sei und allenfalls noch etwas hinzugefügt werden könne.

Der Minister stellt klar, daß es sich bei seinem Hinweis, der Haushalt könnte zur Makulatur werden, um seine persönliche Meinung handele; es sei nicht etwa Beschlußlage der Landesregierung, den Haushalt zurückzuziehen. Er bleibe aber bei seiner persönlichen Beurteilung der Lage.

Wenn es nämlich wirklich dazu käme, daß, wie in manchen Meldungen zu lesen sei, etwa die Strukturhilfe - Volumen für Nordrhein-Westfalen: jährlich 756 Millionen DM - bereits in diesem Jahr für die alten Bundesländer gestrichen oder die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung für die alten Bundesländer zugunsten der neuen Länder in Richtung auf Null geändert würde, so hätte dies dramatische Folgen für die Umsetzung der Wirtschaftspolitik in diesem Lande. Denn solche Veränderungen, die nicht mit den üblichen Pendelausschlägen zu vergleichen wären, könnten selbstverständlich nicht ohne Rückwirkungen auf den Haushalt bleiben.

Wenn sich zwischen dem vor einigen Wochen formulierten Einführungsbericht und heute derartige Veränderungen andeuteten, dann halte er es für seine Pflicht, darauf einzugehen. Dabei habe er, was Abgeordneter Skorzak (CDU) offenbar überhört habe, ausdrücklich die positive Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen in den Vordergrund gestellt, habe dann aber vor dem Hintergrund zum Beispiel

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

der Entwicklungen in der Golfregion und der in Bonn anstehenden Verabredungen auf mögliche dramatische Entwicklungen mit Auswirkungen auf das Land Nordrhein-Westfalen hingewiesen.

Er stimme dem Abgeordneten Tschoeltsch (F.D.P.) in seiner Frage nach einer antizyklischen Haushaltspolitik durchaus zu. Doch gebe es zwischen der Theorie von John Maynard Keynes und der politischen Realität eine erhebliche Kluft. Denn es sei außerordentlich schwer, Haushalte von Jahr zu Jahr in den entscheidenden Positionen radikal umzusteuern.

Allerdings werde er alle Anstrengungen unternehmen, hinsichtlich der Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen zurückhaltend zu sein und eine größere Kontinuität walten zu lassen. Das Instrument der Verpflichtungsermächtigungen aber sei bei langfristigen Projekten unumgänglich und sinnvoll, auch wenn es zugegebenermaßen das Ausstellen von Wechseln auf die Zukunft bedeute.

Im übrigen habe er bereits vor der Sommerpause eine damals aktuelle Zusammenstellung der einzelnen Positionen der Wirtschaftsförderung und auch der Technologieprogramme herausgegeben, die das Verhältnis zwischen Baransätzen und Verpflichtungsermächtigungen sowie die Unterdeckung bzw. Überzeichnung von Haushaltspositionen enthalten habe. Er sagt zu, diese Zusammenstellung zu Beginn des neuen Jahres zu aktualisieren und den Ablauf bis zum Jahresende 1990 einzuarbeiten.

Der Frage des Abgeordneten Tschoeltsch zum Leistungsgefälle im Mittelstand liege möglicherweise ein Mißverständnis zugrunde. Er habe kein Instrumentarium zur Ermittlung objektiver Kriterien für ein eventuelles Leistungsgefälle im Bereich der Großindustrie untereinander oder zwischen Großindustrie und kleinen und mittleren Betrieben. Dies sei auch ordnungspolitisch überhaupt nicht zu realisieren.

Große Teile des Mittelstandes - Handwerk, kleinere und mittlere Unternehmen - hätten im Gegensatz zur Großindustrie nicht die Kraft oder die Qualifikation zur Beurteilung von Leistungsgefälle und zur Aufdeckung der Ursachen. Hier biete das Wirtschaftsministerium als einen Teil von Mittelstandsförderung Beratungs- und Gutachtenhilfe für die Institutionen des Handwerks und der kleinen und mittleren Betriebe an, mit denen sie in die Lage versetzt werden sollten, eigene Erkenntnisse zu gewinnen, warum in bestimmten Bereichen ihrer Branche Leistungsgefälle

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

bestehe und was sie zur Minderung dieses Gefälles tun könnten. Diesen Ansatz von Mittelstandsförderung wolle er gern aufrechterhalten.

Über die Auswirkungen der Steuerreform könne man durchaus unterschiedlicher Meinung sein. Es sei überhaupt nicht zu bestreiten, daß ein Teil des Rückgangs auf den Weltmärkten durch die gut laufende Binnenkonjunktur habe aufgefangen werden können. Die Frage sei, ob man dies eindeutig der Steuerreform zuordnen könne, wenn man etwa bedenke, daß sich gleichzeitig die Sparquote der Haushalte noch einmal wesentlich erhöht habe. Es gebe keinen Kausalzusammenhang zwischen einer Erhöhung der Kaufkraft durch Steuersenkung und einer automatischen Stärkung der Binnenkonjunktur; denn die Erhöhung der Sparquote zeige, daß diese Mittel nicht in den Konsum geflossen seien.

Im übrigen sei festzuhalten, daß die SPD eine Steuerentlastung stets befürwortet habe. Der Streit habe sich im wesentlichen daran entzündet, ob sich die vorgenommene Steuerentlastung auch unter der Überschrift "soziale Gerechtigkeit" vollzogen habe - worüber man in der Tat streiten könne.

Den strukturellen Aufschwung habe Nordrhein-Westfalen tatsächlich zu einem guten Teil aus eigener Kraft geschafft. Es sei dem Lande gelungen, die strukturellen Veränderungen zu bewältigen und eine Anstoßfunktion auszuüben. Dabei dürfe selbstverständlich nicht unerwähnt bleiben, daß eine gute Weltkonjunktur hinzugekommen sei, die zu einem Exportboom geführt habe, und daß es gemeinsame Anstrengungen mit der EG und dem Bund gegeben habe.

Daß das Land nach wie vor Strukturschwächen aufweise, sei ausdrücklich in der Regierungserklärung gesagt worden. Bis zu deren Bewältigung sei noch ein langer Weg zurückzulegen. Er nenne dafür nur einige Stichworte: Kohle mit den alten Kohleregionen Ibbenbüren, Ahlen, Aachen/Jülich, Heinsberg; Stahl; Neuabgrenzung der Fördergebiete.

Trotz aller Informationen seitens der Landesregierung beharre Abgeordneter Meyer (CDU) auf seiner falsch angelegten Diskussion. Er, Einert, wiederhole daher seinen Hinweis, daß es eine ganze Reihe von Programmen gebe, die als zeitlich begrenzte große Kraftanstrengung gemeinsam mit Bund und EG zu verstehen gewesen seien. Die Landesregierung habe in Übereinstimmung mit der Bundesregierung und der EG immer deutlich gemacht, daß eine solche Kraftanstrengung nie

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

auf Dauer durchzuhalten sei. Sie habe sich vorrangig auf ganz bestimmte Bereiche konzentriert: Montanregionen, alte Kohleregionen, alte Stahlregionen. Diese Programme liefen ab Ende 1991 aus.

Dadurch reduzierten sich selbstverständlich - was auch in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes nachzulesen sei - die Zahlen für Wirtschaftsförderungs- und Strukturpolitik im Haushaltsplan des Wirtschaftsministers. Darüber hinaus gebe es weiterhin die eigenen Landesprogramme, die überwiegend nicht auf bestimmte Regionen konzentriert seien, wie die Landesaufgabe "Regionale Wirtschaftsförderung" und die Technologieprogramme. Hiermit würden Hilfen zur Selbsthilfe in alle Regionen des Landes gegeben.

Es sei systemimmanent und brauche deshalb nicht ständig wiederholt zu werden, daß in der Wirtschaftsförderungs- und der Strukturpolitik auch die Vorgaben der ökonomischen und ökologischen Erneuerung beachtet würden.

Wie schon erwähnt, habe er dem Ausschuß eine Übersicht über Baransätze, Verpflichtungsermächtigungen und deren Inanspruchnahme zukommen lassen, die fortgeschrieben werde. Daraus ergebe sich dann auch, was an Bewilligungsrahmen - "fresh money" - im Laufe eines Jahres zur Verfügung stehe. Dies sei nicht an den globalen und zum Teil sehr imposanten Ansätzen zu ermessem, sondern müsse aufgrund der Vorbelastungen aus vergangenen Jahren und Zusagen dieses Jahres auf einem wesentlich niedrigeren Niveau gesehen werden.

Zur Verbraucherberatung habe die Landesregierung mehrfach die politische Absicht geäußert, in jedem Jahr ein bis zwei zusätzliche Verbraucherberatungsstellen einzurichten. In diesem Jahr werde man möglicherweise doch noch einmal dazu kommen; falls man sich aber zukünftig hinsichtlich der Flexibilität des Haushalts auf noch schmaleren Graten bewegen müsse, dann werde unter Umständen die zusätzliche Einrichtung von Beratungsstellen noch weiter gestreckt werden müssen.

Dabei wolle er nicht etwa die Mittel reduzieren; aber eine Zuwachsrate von gut 10 %, wie sie vom Ansatz 1990 zum Ansatz 1991 festzustellen sei, werde bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Verbraucherberatung auf Dauer nicht möglich sein.

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

Die Kritik an den Kosten für die Überwachung und Sicherheitsüberprüfung kern-technischer Anlagen verstehe er nicht. Den Ausgaben in Kapitel 08 010 Titelgruppe 70 stünden Einnahmen in Kapitel 08 010 Titel 111 20 in gleicher Höhe gegenüber.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE) macht geltend, daß die Kosten für das automatische Fernüberwachungssystem für Kernkraftwerke (KFÜ) - Vorlage 11/250 Seite 67 Ziffer VII c) - nach seinem Dafürhalten vom Betreiber getragen werden müßten. - Der **Ausschuß** kommt überein, das Thema bei den Einzelberatungen noch einmal aufzugreifen.

Der **Minister** fährt in der Beantwortung der Fragen fort: Die zusätzlichen acht Stellen in der Bergverwaltung habe er ausschließlich damit begründet, daß auf die Bergverwaltung wegen der Abfallsituation und des Umweltschutzes im Bergbau zusätzliche Aufgaben zukämen. Es gebe einen erheblichen Anteil von Deponien auch über Tage, die, weil sie sich auf bergrechtlichen Einrichtungen befänden, nach Bergrecht überwacht würden. Dazu brauche man eine bescheidene personelle Aufstockung.

Von den Abfallmengen, die im Rahmen des Bergrechts anfielen, würden zur Zeit maximal 3 % unter Tage verbracht. Daraus könne man aber nicht etwa schlußfolgern, daß dafür auch nur 3 % des Personals gebraucht würden; im Gegenteil: Für die Überwachung bei Untertageverbringung werde ein relativ höherer Anteil anzusetzen sein. Es gebe jedoch keine starre prozentuale Zuordnung.

Erwartungsgemäß hätten die Abgeordneten Meyer (CDU) und Tschoeltsch (F.D.P.) ihre negative Polemik zur Haushaltsentwicklung vorgetragen, erklärt **Abgeordneter Apostel (SPD)**. In den Ausführungen des Abgeordneten Tschoeltsch zur Erfolgskontrolle sei jedoch ein Unterton angeklungen, als traue die Regierung offenbar ihren eigenen Programmen nicht, weil sie sonst keine Kontrolle brauchte.

Erfolgskontrolle aber gehöre zum selbstverständlichen Handeln jedes Menschen, und auch in der Industrie werde Erfolgskontrolle nicht etwa deshalb durchgeführt, weil man seinem eigenen Handeln mißtraue, sondern weil es unabdingbar zum

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

Handeln hinzugehöre. Er fragt, ob allein die Erfolgskontrolle in der Politik von der Opposition negativ beurteilt werde.

Abgeordneter Meyer (CDU) stellt die Gegenfrage, warum der Ministerpräsident diese Erfolgskontrolle, wenn sie denn so selbstverständlich sei, sogar in der Regierungserklärung erwähne. - **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)** gibt zu bedenken, daß er bisher nur Fragen gestellt und noch gar keine politische Diskussion geführt habe. Insofern verwundere ihn die etwas harsche Reaktion seitens der Mehrheitsfraktion.

Der Minister, so führt **Abgeordneter von Unger (CDU)** aus, habe bei seiner Beurteilung der Anstöße für die positive wirtschaftliche Entwicklung Fragezeichen hinter den Wirkungszusammenhang mit der Steuerreform gesetzt. Er fragt, woher nach Ansicht des Ministers die anderen Anstöße kämen.

Abgeordneter Meyer habe einen Aspekt angesprochen, dessen Erwähnung er beim Minister vermißt habe, nämlich die Frage nach dem West-Profit aus der Ost-Mark. Schließlich habe es am 1. Juli vergangenen Jahres eine dramatische Geldmengenvermehrung gegeben, und diese Geldmenge habe sich ihren Weg gesucht.

Mit der Bitte um eine Antwort zur nächsten Ausschußsitzung fragt **Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.)**, nach welchen Kriterien die gegenseitige Deckungsfähigkeit von Ausgaben festgelegt werde. Er führt beispielhaft Kapitel 08 020 Titelgruppe 75 an, in der inhaltlich ganz unterschiedliche Ausgabenbereiche - Personalausgaben, Mieten und Pachten, Verwaltungsausgaben, Schuldendiensthilfen, Zuschüsse an verschiedene Empfänger - für gegenseitig deckungsfähig erklärt würden.

Abgeordneter Stüber (SPD) dankt dem Minister nicht nur für die sehr umfangreiche schriftliche Vorlage mit ihren detaillierten Angaben, sondern auch für seinen heutigen Bericht mit der offenen Einschätzung der Lage. Er regt an, in der heutigen generellen Aussprache jetzt noch die für die Detailberatungen in der nächsten Sitzung am 30. Januar 1991 wichtigen Nachfragen zu stellen und entsprechend der

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

bisherigen Praxis die von den Fraktionen geplanten Änderungsanträge rechtzeitig vor der Abschlußberatung am 20. Februar 1991 untereinander auszutauschen.

Zum **Personaletat** wirft **Abgeordneter Meyer (CDU)** die Frage auf, ob die Auslagerung von Aufgaben - zum Beispiel verstärkter Übergang zum Bankenverfahren, Übernahme von Aufgaben durch die Investitionsbank - nicht im Ministerium selbst zu einer Entlastung im Personalbedarf führe.

Minister Einert geht zunächst auf den Diskussionsbeitrag des Abgeordneten von Unger (CDU) ein und bestätigt, daß es eine Geldmengenausweitung durch die deutsche Einigung gegeben habe, die aber prinzipiell anders zu beurteilen sei als die Folgen der Steuerreform, bei der es im Grunde nur eine dahin gehende Veränderung gegeben habe, daß öffentliche Einnahmen reduziert und dadurch private Verfügbarkeit erhöht worden seien. Dies sei auch das erklärte Ziel der Steuerreform gewesen. Die F.D.P. habe immer wieder betont, daß ihr das Geld im privaten Portemonnaie wichtiger und wertvoller sei als das in der Verfügungsgewalt des Finanzministers.

Da aber niemand in der Lage gewesen sei, gleichzeitig auch die öffentlichen Ausgaben zu reduzieren, habe dies im Ergebnis zu einer Differenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand und zu einer ständig und ganz erheblich zunehmenden Inanspruchnahme des Kapitalmarktes mit deutlichen Zinssteigerungstendenzen geführt. Die Bundesbank und andere hätten sich dazu mehrfach warnend geäußert, und es habe Beschwerden unserer europäischen Partner innerhalb des EWS und der Amerikaner darüber gegeben, daß Deutschland durch die ständig zunehmende Inanspruchnahme des Kapitalmarktes zu einer solchen Zinssteigerungstendenz beitrage. Das müsse man bei der Beurteilung der konjunkturellen Situation berücksichtigen.

Er spreche dabei, so fügt er auf einen Zwischenruf des Abgeordneten Tschoeltsch (F.D.P.) hinzu, im wesentlichen über die dritte Stufe der Steuerreform, nämlich den Verlauf des gesamten letzten Jahres bis jetzt. - Ähnlich bedeute auch die Ausweitung der Geldmenge, die vom Finanzminister für die Ex-DDR geleistet worden sei, eine zusätzliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes mit den damit verbundenen Konsequenzen. Diese Diskussion führe schließlich auch innerhalb der Bundes-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

regierung und zwischen den Koalitionspartnern dazu, über diesen Streitpunkt nachzudenken und dabei Veränderungen vorzunehmen.

Auf eine diesbezügliche Zwischenfrage des Abgeordneten Meyer (CDU) stellt der Minister klar, daß der Umtausch des Ostgeldes selbstverständlich eine zusätzliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes bedeutet habe. Ansonsten hätte der Bundesfinanzminister nur die Möglichkeit gehabt - was aber gesetzwidrig gewesen wäre -, Geld drucken zu lassen.

Der Minister weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Fonds "Deutsche Einheit" - immerhin 115 Milliarden DM, was aber nach Einschätzung der Fachleute noch völlig unzureichend sei - über eine zusätzliche Inanspruchnahme des Kapitalmarktes konstruiert worden sei. Bund und Länder hätten sich verpflichtet, dafür die Zinsen und die Amortisation zu übernehmen. Dies habe unweigerlich eine Ausweitung des Kapitalmarktes zur Folge.

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit sei generell nur in begrenztem Maße gegeben und dürfe grundsätzlich nicht zu Lasten von Investitionen vorgenommen werden. Dafür gebe es als einzige Ausnahme die vom Abgeordneten Tschoeltsch (F.D.P.) angesprochenen Förderprogramme im Montanbereich. Sie sei seinerzeit vom Landtag wegen der notwendigen Flexibilität des Gesamtprogramms beschlossen worden. Da diese Programme jedoch sämtlich bewilligt seien und ausliefen, handele es sich nur noch um die haushaltstechnische Abwicklung eines beschlossenen Verfahrens und nicht um eine Neuerung.

Was die vom Abgeordneten Meyer (CDU) angesprochene Personalfrage betreffe, so hätte die Abwicklung der Programme, die zunehmend in Anspruch genommen würden und eine sorgfältige Prüfung erforderten, eigentlich eine Ausweitung des einen dafür zuständigen Referats notwendig gemacht. Anstelle einer solchen Ausweitung bediene sich das Ministerium zusätzlich jetzt auch des Bankenverfahrens. Gegenwärtig würden sogar Überlegungen in Richtung auf eine Ausweitung dieses Bankenverfahrens angestellt, um eigenes Personal zu entlasten. Dadurch würden jedoch keine eigenen Personalressourcen frei, weil es sie dafür nie gegeben habe.

Nach seinen Informationen, so erläutert Abgeordneter Meyer (CDU), seien im Wirtschaftsministerium Rotationsprozesse in Gang gesetzt worden, wonach Mitar-

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

beiter ihre Posten - freiwillig oder gezwungenermaßen - tauschen und sich auf ihnen bis dahin völlig fachfremden Gebieten versuchen müßten. Nun sei ein solches Verfahren bei jüngeren Mitarbeitern durchaus bewährt, um ihren Gesichtskreis zu erweitern; daß aber offenbar auch 60jährige davon betroffen seien, deute möglicherweise auf einen Überhang an Personal hin.

Dieser Interpretation widerspricht **Minister Einert**. Wenn jemand noch voll leistungsfähig sei, dann müsse er sich nach einer gewissen Zeit auch einmal wieder neuen Herausforderungen gegenübersehen; denn sonst erschöpfe sich seine Arbeit in Routine, und seine innovatorische und kreative Fähigkeit sterbe ab. Er halte ein solches Verfahren im öffentlichen Dienst für zwingend geboten und betreibe es in seinem Hause maßgeblich. Dies geschehe im allgemeinen im Einvernehmen mit den Betroffenen, wobei nicht auszuschließen sei, daß gelegentlich eine Anweisung erfolgen müsse.

Abgeordneter Kupski (SPD) erinnert an die in der vergangenen Legislaturperiode eingesetzte Kommission "Effizienz der Landesverwaltung", an der auch die CDU-Fraktion mitgewirkt habe. Ein wesentliches Ergebnis der Arbeit dieser Kommission sei gewesen, daß Beamte nicht lebenslang ein Spezialgebiet wahrnehmen, sondern durch Austausch und damit verbundene größere Einsatzfähigkeit an Wirksamkeit gewinnen sollten. Über die Ergebnisse dieses Verfahrens, das im übrigen auch in anderen Bundesländern mit Erfolg praktiziert werde, werde jährlich Bericht erstattet.

Abgeordneter Meyer (CDU) erwidert, seines Wissens sei auch in diesem Bericht die Altersgrenze, bis zu der solche Rotationsprozesse durchgeführt werden sollten, mit 55 Jahren angegeben worden.

Seines Erachtens sei gerade das Wirtschaftsministerium zumindest zu einem Teil so aufgebaut, daß Fachleute in den einzelnen Referaten für bestimmte Fachfragen zuständig seien und so dem Ministerium Fachkompetenz verleihen sollten. Es habe ihm deshalb überhaupt nicht eingeleuchtet, daß ein 60jähriger Mitarbeiter, der sich ständig mit Berufsbildung beschäftigt habe, plötzlich der geeignete Mann für Fragen der Förderung der technischen Entwicklung in der Industrie mit Schwerpunkt Chemie sein solle. Dieses Beispiel habe in seinen Augen eher auf "Spielerei" -

Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand
und Technologie
5. Sitzung

16.01.1991
the-ro

oder, im schlimmeren Fall, auf Schikane bestimmten Mitarbeitern gegenüber - hingedeutet.

Minister Einert macht geltend, daß in dem offenbar gemeinten Fall die Ausführungen des Abgeordneten Meyer (CDU) nicht mit den Realitäten übereinstimmen. Denn zunächst einmal bearbeite der Betreffende den gesamten Bereich von Wirtschaftsförderung im Rahmen der Strukturpolitik; dies habe durchaus auch mit Qualifikation und Berufsausbildung zu tun. Im übrigen sei diese Veränderung nicht verfügt worden, sondern der Betreffende habe ihr in einem Gespräch mit dem Amtschef zugestimmt.

Abgeordneter Meyer (CDU) erwidert, als Abgeordneten interessiere ihn in diesem Fall in erster Linie, wie sich der Minister die Erhaltung bzw. Stärkung der Schlagkraft seines Ministeriums vorstelle: ob die Fachreferenten wirklich über Fachkenntnisse verfügen sollten oder ob spezifischer Sachverstand als störend empfunden werde.

Letztere Alternative ist nach den Worten des **Ministers** absolut unzutreffend; selbstverständlich brauche das Ministerium den Sach- und Fachverstand der zuständigen Mitarbeiter.

Er bleibe aber bei seiner Auffassung, daß es auch für den öffentlichen Dienst hilfreich sei, wenn Mitarbeiter nach einer gewissen Zeit auch einmal mit neuen Herausforderungen in einem anderen, aber vergleichbaren Tätigkeitsbereich konfrontiert würden. Wenn der Betreffende dann auch noch einer solchen Veränderung zustimme, könne er darin kein Zurückdrängen von Sach- und Fachverstand erkennen. - Von einem Antrag auf Freistellung für ein Studium, um den neuen Aufgaben gerecht werden zu können - was vom Abgeordneten Meyer als weiteres Beispiel angeführt worden war -, sei ihm nichts bekannt.

(Beratungsergebnis siehe Beschlußteil dieses Protokolls.)